

Verlinden: Rein rhetorisches Bekenntnis zur Energiewende

Grüne Bundestagsabgeordnete forderte klarere Töne von neuer Regierung

HEMMOOR. Hätten sich die Grünen doch nur auf eine Regierungskoalition mit der CDU verständigt. Dann hätte sich die SPD ihre Mitgliederbefragung erspart und die Grünen müssten sich jetzt nicht so über die aus ihrer Sicht viel zu zaghaften Vorschläge zur Energiewende ärgern, wie sie aus der Vereinbarung über die Große Koalition hervorgehen. Sie könnten sie dann mitgestalten.

Aus der Oppositionsrolle heraus muss die Umweltwissenschaftlerin und frisch gebackene Bundestagsabgeordnete der Grünen, Julia Verlinden, natürlich genau die Schwächen aufdecken, die ihr in dem mühsam ausgehandelten schwarz-roten Papier offenkundig erscheinen. Das tat sie am Montagabend im Hemmoorer Mehrgenerationenhaus. Verlinden, Jahrgang 1979, errang ihr Mandat in Lüneburg und hat aus grüner Warte auch die Betreuung des Cuxlandes übernommen.

Die erneuerbare Energie, die bereits rund ein Viertel des Strom-Mix stelle, müsse schneller und stärker ausgebaut werden, als die künftige Regierung plane. „Das Bekenntnis zur Energiewende im Koalitionsvertrag ist eher rhetorisch“, sagt die Politikerin. Hier finde sich kein Klimaschutzgesetz, keine Reform des Emissionshandels. Außerdem werde der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien begrenzt. Das sei wider-



Julia Verlinden: Energiewende durch mehr Effizienz. Foto: Rohde

sprüchlich und wenig verlässlich für Investoren. Das Konzept der Grünen sehe hingegen vor das Ziel, 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, bis 2030 zu erreichen, im Bereich Wärme soll dieses Ziel bis 2040 erreicht werden. Dabei seien sogar 4 Milliarden Euro Entlastung für Privatverbraucher und kleine und mittlere Unternehmen drin, wenn die Ausnahmen für Großunternehmen bei der EEG-Umlage reduziert würden. Der Kohleausstieg sei bis 2030 zu schaffen, bei gleichzeitiger Förderung des Stromsparens in finanzschwächeren Haushalten mit 3 Milliarden Euro und weiteren 2

Milliarden aus dem KfW-Gebäudesanierungsprogramm. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen bringe zudem 7,5 Milliarden Euro ein.

Entscheidend sei jedoch die Förderung der Energieeffizienz. Durch Einsparung beim Verbrauch von Wärmeenergie und Strom könnten zehn Atomkraftwerke eingespart werden. 155 Milliarden Kilowattstunden an Wärmeenergie könnten weniger produziert werden und damit fielen 19 Milliarden Euro weniger an Energiekosten an. Raumwärme mache rund 70 Prozent des Energieverbrauchs in Haushalten aus. Gleichzeitig gebe es im gesamten Gebäudebestand ein Einsparpotenzial bis zu 80 Prozent. Bei konsequenter Sanierung könnten somit zwölf Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland eingespart werden.

Auch zu diesem Thema finde sich im Koalitionsvertrag kaum etwas. Konkrete Maßnahmen zur Energieeffizienz würden nicht beschrieben. „Das ist keine aktive Politik für die Energiewende“, so Verlinden. Ein Signal wäre es gewesen, würden ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr zugelassen und würde der Gesetzgeber verbindlich den Haus- und Wohnungseigentümern die Anforderungen bei Neubauten und der Sanierung von Bestandsgebäuden vorschreiben. (ur)

Neu
Am
15.
N
Nah
ihr
Mä
Kla
mu
Or
au
I
reic
litä